

Jour fixe 08.10.18 – Gehässiger Nationalismus (GS 3-18)

Diskutiert werden sollen erstens Fragen zu dem Artikel „Gehässiger Nationalismus“. Punkt 1 wurde bereits besprochen, gibt es zu Punkt 2: ‚Geldnationalismus‘ Klärungsbedarf?

Zweitens soll auf Grundlage des Artikels überlegt werden, was damit in Bezug auf Chemnitz geklärt ist und was über den Artikel hinaus bemerkenswert an Chemnitz ist.

Drittens ist zu fragen, wie man rechten, hoffähig gewordenen Argumenten begegnet. Es ist zu unterscheiden zwischen der Klärung der Logik dieser Gedankengebäude und der Kritik ihrer Argumente. (Dies nimmt sich auch die Veranstaltung „Chemnitz, Köthen und kein Ende... Die Fehler des rechten Denkens und die falsche Kritik daran“ am 16.10.2018, um 19.00 im EineWeltHaus vor.)

— Auf S.20 im Artikel wird die Stilfrage in der Ausländerpolitik abgehandelt. Die Aussage, „Sie (die Flüchtlinge) verlassen ihre Heimat nicht zum Spaß. Sie fliehen aus Kriegsgebieten...sowie aus Elendsgebieten Afrikas“ wird im Text so kommentiert, dass die Kennzeichnung dieser Kriege als oft durch „westliche...Interventionen ausgelöst“ „nicht als Kritik des Imperialismus der kapitalistischen Nationen, sondern als Aufruf zum verantwortungsvollen Umgang mit diesen entwurzelten Menschen gemeint ist“. Wenn ich in der Agitation jemandem, der beklagt, dass die Leute vor Krieg und Elend fliehen müssen, entgegenhalte, was du willst, ist ein verantwortungsvoller Umgang mit diesen Menschen, dann passt das nicht.

— Das Argument des verantwortungsvollen Kritikers geht weiter: „Diese entwurzelten Menschen können ‚wir‘ nicht alle aufnehmen“. Das Schlimme an der rechten Politik ist nicht, dass wir die alle in ihre Elendsverhältnisse abschieben, sondern, wie man über sie redet, dass man verantwortlich mit ihnen umgehen muss und nicht solche Begriffe wie „Asyltourismus“ benutzt. Aber auch wenn man verantwortlich mit ihnen umgeht, kann man sie nicht alle aufnehmen.

Wer sagt: „Es ist doch verständlich, dass die herkommen“, deutet auf die entsetzlichen Zustände in den jeweiligen Herkunftsländern und das ist nicht der Auftakt dazu, dass er sich fragt, wie gibt es denn so etwas? Dieser Ausgangspunkt ist erst mal abgehakt, indem er den Flüchtlingen gute Gründe für die Flucht vor solchen Zuständen zugesteht. Dann wird sofort aus dem Umstand, dass die hierher wollen, der Einwand „Wir können die nicht alle aufnehmen“ vorgebracht. Auf diesen Widerspruch soll hingewiesen werden: Sie sagen, die haben einen guten Grund und zugleich bestreitet man ihnen, dass sie sich hier aufhalten können.

— Es ist nicht richtig, die Aussage „Die gehören nicht hierher“ mit dem Blick auf die Opfer zu kontern, anstatt den Blick auf die Täter zu richten. Das ist auch angesprochen mit: „Das ist nicht als Kritik am Imperialismus zu verstehen.“ Wenn man bei den Opfern bleibt, geht's darum, dass man die Opfer nicht so schlecht behandeln darf, dass die Opfer unser aller Verständnis verdienen.

Dass die Opfer aus Kriegsgebieten usw. kommen, wird als Grund für die Flucht genommen. Dies sind aber nicht die Ursachen. Da muss man sich schon damit beschäftigen, warum es da so elendig zugeht. Da wäre man dann bei den Tätern.

— Man wäre sowohl bei den auswärtigen als auch bei den hiesigen, eingeschlossen diejenigen Täter, die sagen, die müssen weg. Stattdessen wird für das gute Renommee der Opfer eingetreten.

— Wie zielt die Aussage „Die kümmern sich nicht um die Ursachen“ auf den Standpunkt „Es ist verständlich, dass die Leute hierher kommen. Aber nach den Prinzipien der Gerechtigkeit haben die hier einfach keinen Platz.“

Hier wird von der Ausgangslage des vielen Elends her konstatiert: „so ist das nun mal“ und vom Standpunkt Deutschlands Stellung genommen.

— Dieses Urteil „Das ist halt so. Da kann man nichts machen“ kommt doch so nicht vor, denn die Kritiker machen gleich den Übergang, „es muss dafür gesorgt werden, dass die Leute nicht mehr fliehen müssen.“

Im Artikel wird eine politische Debatte der Öffentlichkeit gekennzeichnet, die darin besteht, dass man Verständnis für die Flucht vor den schrecklichen Zuständen in den Heimatländern aufbringt. Da ist darauf hingewiesen worden, dass man sich mit diesem Verständnis von den Gründen für diese entsetzlichen Verhältnisse abgewendet hat. Da bleibt nur übrig: „Verständlich, dass die herkommen“. Das ist der 1. Widerspruch in dem Argument, mit dem dem von oben und unten gepflegten Ausländerhass entgegengetreten wird. Der 2. Widerspruch ist, dass einerseits den Leuten ein guter Grund für die Flucht nach Deutschland zugebilligt wird, aber ihnen zugleich bestritten wird, dass sie *alle* hierher kommen können. Wie passt das denn zusammen, einerseits Verständnis dafür zu haben, dass die Flüchtlinge hierher kommen wollen, und zugleich daran festzuhalten, dass aber nicht *alle* hierher kommen können.

— Mit dieser wohlfeilen humanistische Tour, Verständnis für die Leute aufzubringen, tut man so, als ob man deren Gründe für die Flucht teilt, um anschließend ganz knallhart einen Sachzwang dagegen zu halten. ‚Wir‘ können sie nicht alle aufnehmen. Ein Sachzwang, dem der verantwortliche Politiker genauso gegenübersteht, wie dieser elendige Mensch, der hierher kommt.

— Als erstes ist festzuhalten, wogegen sich der Einwand richtet, „die kommen nicht aus Spaß hierher, sondern haben gute Gründe!“ Das ist der Einwand gegen die rechten Parolen, gegen das Recht der Deutschen auf sich selbst.

Darauf zielt der Artikel, es werden Positionen zitiert, die die Stimmungsmache nicht vorbehaltlos teilen, die dagegen einen Einwand haben, und welche Qualität dieser Einwand hat, wird an dieser Stelle (S.20) geklärt.

— *Die beiden Pole dieser Argumentation – das humanistische Pathos einerseits und andererseits der Hinweis darauf, dass man sich nicht um das Elend der ganzen Welt kümmern kann - haben den gemeinsamen Bezugspunkt, dass Deutschland ein Problem mit den Flüchtlingen hat. Das ist auch die Gemeinsamkeit mit den Rechten, gegen die sie sich richten. Sie wenden sich gegen „Ausländer raus“ und fordern eine angemessenere, differenziertere Umgangsweise mit dem Problem Flüchtling.*

Es ist also einerseits verständlich, dass die Flüchtlinge kommen, andererseits wird mit der gleichen Logik der Gegner argumentiert: ‚Wir‘ sind wir und wir können nicht alle anderen aufnehmen, höchstens ein paar wenige. Dass Abschottung nötig ist und sich darum die Ausländerpolitik dreht, ist somit nicht mehr strittig zwischen links und rechts. Es besteht Einigkeit in der Notwendigkeit der Abschottung. Die Ebene der Debatte ist zur Stilfrage darüber geworden, *wie* über die Ausländer geredet werden soll. „Ausländer raus und „Asyltouristen“ gehört sich nicht.

— *Noch vor der Fortsetzung, „Die können nicht alle kommen“. Was ist das „Stilmäßige“ an dem Einwand: „Die haben berechtigte Gründe dafür, dass sie hier sind“?*

— *Gegen die Rechten wird festgehalten, die Flüchtlinge haben es nicht verdient, dass man ihnen feindlich gegenübertritt, und sie würden schlecht über diese reden, ihnen das Verständnis versagen. Das ist auch ein Urteil über die Flüchtlinge. Es wird für mildernde Umstände plädiert. In dem Verständnis schwingt auch das Urteil mit, eigentlich gehören sie nicht hierher.*

An die elendige Lage zu erinnern, weshalb die Flüchtlinge herkommen und das gegen Leute vorzutragen, die massiv fordern, die müssen hier raus, und gleichzeitig das Zugeständnis zu machen, „Alle kann man natürlich nicht aufnehmen“, gründet auf der gemeinsamen Prämisse: Eigentlich gehören sie nicht her, um auf dieser Basis die besondere Lage der Geflohenen bis zu einem gewissen Grade als Ausnahmen zu rechtfertigen.

*

Im Artikel geht es um die Kennzeichnung dieser Position und ihrer Widersprüche. Sich das klar zu machen, ist was anderes, als diese Positionen zu kritisieren. Was kann man gegen das Argument, „**Es können nicht alle herkommen**“, sagen?

— *Ich würde nachfragen, warum können die nicht alle herkommen, warum sollte man die nicht versorgen können. Die Selbstverständlichkeit, mit der behauptet wird, das ginge nicht, muss in Frage gestellt werden. Dem Konter, dass dafür doch nicht genügend Wohnraum, Arbeitsplätze usw. zur Verfügung stünden, begegnet man mit dem Hinweis, dass für die Wohnungsnot nicht die Ausländer, sondern die Spekulanten verantwortlich sind.*

Soll man sich ernsthaft mit der Frage beschäftigen, was ‚wir‘ mit all denen machen sollen, die herkommen? — Da schließt man sich in einem „Wir“ zusammen und bezieht darin auch noch seine Herrschaft mit ein. Man macht sich darin mit einer Politik gemein, die ein Problem wälzt, das man sich besser nicht aufschwätzen lassen sollte.

— *Die Frage, ob ‚wir‘ das „können“ stellt sich als Sachfrage dar. Können dann „alle“ mit Wohnraum usw. versorgt werden. Da wird ein „Alle“ konstruiert, als ob die gesamte Bevölkerung Afrikas beabsichtigen würde, hierher zu kommen. Diese maßlose Übertreibung soll das Argument untermauern, dass wir nicht alle Flüchtlinge aufnehmen können. Da wird das Faktum konstruiert, dass „alle“ kommen wollen, um auf der Basis die Abweisung zu begründen, weil's ja unmöglich ist.*

Wenn man sich fragt, ob es möglich ist, die Leute mit Wohnraum, Kita etc. zu versorgen, wird so getan, als ob es darum ginge, die Ankommenden mit Wohnung und einem Auskommen zu versorgen. Und gleichzeitig ist jedem klar, dass das hier gar nicht so abläuft, weswegen bereits die Einheimischen Schwierigkeiten mit Wohnungssuche, Arbeitsplätzen etc. haben. Mit der Debatte, ob das möglich ist, lässt man sich auf die Fiktion ein, es ginge um Versorgung. Wenn wir das Sagen hätten, - so die Argumentation der Befürworter - könnten wir aber auch nicht alle versorgen, da wir an den endlichen Ressourcen scheitern würden! So wird die Notwendigkeit der Abschottung gegen außen mit Fiktionen begründet.

— *Das ist wie das Bild von einer 20qm Wohnung, in die keine 100 Leute reinpassen! Über diese Konstruktion wird gesagt, dass das nicht geht, und so argumentiert nur jemand, der von vorneherein den Standpunkt hat, ich habe ein unwidersprechliches, objektives Argument dafür, dass man welche abweisen muss und nicht ‚alle‘ aufnehmen kann.*

— *Wenn sich einer aber tatsächlich fragt, wie soll das gehen, wenn so viele reinkommen und das Bild einer zu kleinen Wohnung ausmalt, ist doch die Gegenfrage: „was hast du damit zu tun, dass die Wohnungen nicht ausreichend sind. Gegen dieses ‚Wir‘, das er aufmacht und sich eine Verantwortungsfrage über die Wohnungsverteilung stellt, ist zu sagen, das entscheiden andere und deshalb gibt es nicht genug Wohnungen.*

— *Bei dem ‚Wir‘ denkt er an Deutschland als dem Ort, an den alle wollen, und geriert sich als Herr dieses Orts.*

— *Das tut er nicht, sondern er sieht sich als Mitglied des Gemeinwesens, stellt sich auf dessen Standpunkt und fragt sich, können wir das machen? Er tritt nicht als Hausherr auf.*

— Wenn einer sagt, ‚wir‘ haben nicht genug Wohnungen und Arbeitsplätze und nicht genug Geld, dann ist dagegen zu halten: wer ist dieses ‚Wir‘? Gehören dir Wohnungen? Wie geht hier Wohnungsverteilung? Du tust so, als ob dies ein gemeinsamer Zweck wäre, um den ‚wir‘ uns alle bemühen und den ‚wir‘ jetzt nicht hinkriegen. Dass das nicht die Wahrheit ist, weißt du doch auch! Wohnungsverteilung geht hier so, dass es einen Wohnungsbesitzer gibt und Wohnungssuchende mit mehr oder weniger Geld usw. Dasselbe bei den Arbeitsplätzen: wer entscheidet darüber? Doch nicht wir alle, die Sorge tragen, dass alle einen Arbeitsplatz und damit ein Auskommen haben.

Es geht hier in der Diskussion durcheinander, die einen sagen, was ist an dem Argument verkehrt oder wie kann man zeigen, was so einer für einen Fehler macht, was er sich falsch denkt? Die anderen reden nur über den Standpunkt, den so jemand vertritt, und wollen den kritisieren. Das ist auseinander zu halten.

Der letzte Beitrag hat sich auf den Fehler eingelassen. Wenn einer – wie zitiert – sagt, ich kann nicht mehr Leute aufnehmen als schon in der Wohnung sind und das geht den anderen Leuten genauso, muss man ihm sagen, hast du dir mal überlegt, dass diese Leute gar *nicht* zu dir wollen, sondern dass sie ins Land wollen und das ist nicht dasselbe wie wenn du deinen privaten Wohnraum zur Verfügung stellen musst und keine Mittel hast, dir weitere Zimmer zu leisten. Man muss zunächst den Fehler des Arguments herausarbeiten und kann dann fragen, was ist der Fehler dabei, was du identifizierst, also den Standpunkt klarmachen.

— Warum fragt man nicht: bist du vor kurzem mal umgezogen und hast dir da die Frage aufmachen lassen, ob du z.B. nach München darfst? Es heißt immer, München platzt aus allen Nähten, jetzt sind wieder 100.000 Leute dazu gekommen und der Bürgermeister vermeldet stolz: unsere Stadt ist weiter gewachsen. Es gibt also die grundsätzliche Unterscheidung, wer hier überhaupt her darf und wer grundsätzlich nicht hierher gehört.

— Damit wird hingewiesen auf die Äußerlichkeit des Arguments Ausländer. Warum nicht allen Leuten verbieten nach München zu ziehen?

Das ist das eine, dass man darauf hinweist, das fällt dir nur bei Ausländern ein, sonst ist es gar kein Problem. Als die Deutschen herüberkamen, war es keines, wenn München dauernd wächst, dann wird dafür gesorgt, dass alles da ist, aber wenn Ausländer kommen, dann machst du einen Unterschied. Das andere ist, jemand klarzumachen, was in seiner Unterstellung der Wohnungsmarkt ist oder was er sich vorstellt, wie Leute an Wohnungen kommen. Ist das eine Frage der Verteilung des Platzes oder hängt das an ganz anderen Regeln und sind die das Hindernis, das ihm als naturgegeben einleuchtet? Gegen die Begründung, ich kann nicht alle aufnehmen, kann man fragen, warum kann er nicht noch drei aufnehmen? Wenn er genug Geld hat, geht es und wenn der Vermieter die Wohnung billiger macht, geht es vielleicht auch. Er macht sich das fiktive Problem, wie verteilen ‚wir‘ die Leute, wie viel Raum ist da und wie viel Leute können wir unterbringen, diesen Gesichtspunkt gibt es aber nicht am Wohnungsmarkt.

— Wenn einer behauptet, alle kommen her, muss man klarmachen, dass er nicht mal einen hier haben will, weil sie nicht hierher gehören.

— Dass nicht alle zu uns kommen können, ist ein wohlfeiles Argument, das von der Regierung die Abschottung fordert.

— Hier wird ein Standpunkt zurecht konstruiert, den man Sebastian Kurz vorwerfen kann, aber wenn ein „Ausgehetzt“-Demonstrant oder ein Flüchtlingshelfer sagt, dass nicht alle Wirtschaftsflüchtlinge kommen können...

— Wenn man das Argument, alle kann man nicht nehmen, ernst nimmt, kann man fragen, wie viel kann man nehmen.

— Damit lässt man sich auf den Streit ein, wie viel geht, und hält nur den Standpunkt entgegen, es geht doch.

Nein, man kann an dem Argument weitermachen, dann muss der andere sagen, wie viel er zulassen will, oder er sagt, ich will keine hier haben, die Entscheidung muss er treffen. Dann kann man fragen, weshalb nur wenige kommen sollen, was stört ihn daran, mehr hereinzunehmen? Die Diskussion wird dann wieder zu der Frage kommen, wie der Wohnraum und die Arbeit verteilt werden.

Die Frage, wie viel willst du hereinnehmen, verweist darauf, dass er nicht das Subjekt ist, das entscheidet, wie viele kommen. Deshalb soll man sich nicht auf die Frage einlassen, weil man nicht die Instanz ist, die darüber entscheidet, und die Instanz, die entscheidet, sorgt sowieso dafür, dass nicht alle herkommen.

Aber dies kann man auch klarmachen, indem man die Fiktion, er sei die Instanz, fortsetzt und dann sehr schnell zu der Differenz zu dem, wie es wirklich läuft, kommt. So hat man verdeutlicht, dass es falsch ist, sich auf diesen Standpunkt zu stellen und zu behaupten, ihm ginge es nur um den richtigen Standpunkt, den der Staat einnehmen soll.

— Wenn man selbst sagt, wie viele hierher kommen können, nimmt man selbst den fiktiven Standpunkt des Hausherrn ein.

Du überlegst nicht selbst, wie viele z.B. in Turnhallen aufgenommen werden können, sondern fragst ihn, wie viel er meint, dass aufgenommen werden können. Er soll merken, dass er sich dabei auf einen fiktiven Standpunkt stellt, und sich darauf besinnen, was die Kriterien sind, nach denen sich das richtet, und wonach das in diesem Staat geregelt ist.

— Wenn auf der einen Seite in humanistischer Manier behauptet wird, eigentlich würden wir alle Flüchtlinge gerne nehmen, weil es ihnen so schlecht geht, aber andererseits ist das nicht realistisch, weil unsere Möglichkeiten begrenzt sind, ist das nicht der Standpunkt eines Ausländerfeindes, sondern so wie das Einerseits–Andererseits hier konstruiert wird, ist es von der Politik, die genauso daherredet, längst entschieden. Was ist deren Konsequenz? Eine Praxis, die die Abschiebungen ständig verschärft, die Fluchtrouten abriegelt etc. So ist diese Abwägung das Problembewusstsein zur politischen Praxis und gibt der Politik die Freiheit, das zu tun, was sie tut.

Wieso soll einer, der kein Ausländerfeind ist, dann doch bei dem Standpunkt landen, dass kein Ausländer rein darf?

— Nein, dessen Standpunkt ist nicht, dass keiner rein soll, sondern er problematisiert bei jedem Ausländer, ob dieser nicht einer zu viel ist.

— Man kann so jemand nicht sagen, sein Standpunkt wäre, er wollte niemand aufnehmen.

Man muss sich erstens anhören, was einer sagt, zweitens überlegen, was man dazu sagt und nicht versuchen, einen Standpunkt, der etwas ganz anderes sagt oder will, auf einen Standpunkt zurückzuführen, bei dem man darauf setzt, dass er verurteilt wird. Wenn man mit Flüchtlingshelfern oder mit Leuten, die sich aufregen, wie neuerdings über Ausländer gehetzt und geschimpft wird, zu tun hat, dann taugt der Nachweis nicht, mit dem, was ihr sagt, seid ihr letztlich doch Parteigänger für das, wogegen ihr euch wendet. Das stimmt doch nicht. Das eine Argument, das vorher festgehalten war, ist, die stören, weil sie Ausländer sind. Das andere war, sie stören, weil es an Arbeits- und Kitaplätzen mangelt, und das dritte war, sie sind keine Deutschen.

— Zu ‚Deutschland den Deutschen‘: der Standpunkt heißt, der deutsche Staat ist für seine Bürger zuständig und wenn er sich um Fremde kümmert, vergisst er seinen eigentlichen Auftrag.

— Eine Chemnitzerin berichtete, sie beschwerte sich immer schon, dass es zu wenig Wohnungen, Arbeits- und Kitaplätze gegeben hat, aber als jetzt der Mord an einem Deutschen dazugekommen ist, geht sie demonstrieren. Man müsste sie fragen, was diese Sachen miteinander zu tun haben? Hat ein Ausländer einen Kitaplatz weggenommen oder hat die Wohnung teuer gemacht? Sie hat einen Zusammenhang hergestellt, den es nicht gibt, und macht die Ausländer für alles haftbar. Der Ausgangspunkt ihrer Beschwerde kommt nicht mehr vor und wegen zu teurer Wohnungen ist sie auch nicht auf die Straße gegangen.

Sie hat zusammengezählt, welche Argumente sie gegen Ausländer hat. Warum stören sie die Ausländer bei der Wohnungssuche, bei der Konkurrenz am Arbeitsplatz, in Bezug auf die Kriminalität? Jeder Punkt ist zu klären. Die Frau denkt, dass die Ausländer mir die Wohnungen etc. weggenommen haben, war kein Grund auf die Straße zu gehen, obwohl das alles Gründe wären, aber jetzt reicht es: bei der Kriminalität hört der Spaß auf.

*

„Die deutsche Regierung muss zuerst einmal fürs eigene Volk zuständig sein!“

— Es gibt auch US-Amerikaner, die finden es gut, dass Trump die Mexikaner rausschmeißt, weil die gehören nicht dorthin; der Staat sei nur für seine Bürger zuständig; Ausländer sind die Bürger eines anderen Staates. Wenn alle dort blieben, wo sie hingehören, wäre die Welt in Ordnung.

Man könnte ihn fragen: Wenn du sagst, der Staat ist für seine Bürger zuständig, was heißt das für dich? Dass man also erst mal fragt, wie erfährst du denn den Staat? Was ist der für dich? Du tust so, als wäre es in deinem Interesse, dass es den Staat gibt und damit Interessenidentität bestehen würde. Mach dir erst mal klar, wie das Verhältnis wirklich ist. Heißt das für dich, er soll für dich sorgen? Ist das dein Anspruch? Oder willst du sagen, du musst für alles und jedes aufs zuständige Amt gehen und Steuern zahlen? Vielleicht ist das ja die (wirkliche) Zuständigkeit.

— Dem, der so grundsätzlich behauptet, der Staat sei für ihn da, könnte man entgegenhalten, letztens hast du dich noch über die Straßenverkehrsordnung (o.ä.) aufgeregt und darüber, dass die Regierung alles vergeigt.

— Der weiß doch auch, der Staat ist ein Stück Obrigkeit, die über ihn herrscht. Aber er sagt, die Obrigkeit hat für mich da zu sein.

— Nein, der nimmt den Staat, die Obrigkeit über sich, als Funktionär seiner Interessen. Wenn er sagt, der ist für mich zuständig, ist grad die Obrigkeit gezeugnet

Ja, man muss ihm sagen: merkst du nicht den Widerspruch?

— Man kann ihm auch den anderen Widerspruch klarmachen, dass da eine fiktive Einigkeit im (z.B. deutschen) Volk unterstellt ist. Dass es ein Unterschied ist, ob der Staat sich um Dresdner Unternehmer oder den Rest der Ostdeutschen kümmert.

Ja, wenn Demonstranten fordern „Wir sind das Volk“, muss man klarstellen: was ist das 'Wir'? Worin besteht die behauptete Gemeinsamkeit? In dem 'Wir' sind alle Unterschiede weg – die die Leute ja merken und vielleicht auch stören. Dass das in dem 'Wir' ausgelöscht ist, muss man beweisen; das wäre das Ziel des Dialogs.

— *Im Glauben an den zuständigen Staat ist auch die Differenz – von Versorgungsinstanz und der Staat bestimmt über einen – ausgelöscht. Da muss man klären: Nicht der ist für dich da, sondern er benutzt dich als Basis seiner Macht und seines Reichturns.*

Man kann darauf hinweisen: Das ist ja wohl nicht wahr, dass der Staat sich um dich kümmert und deine Angelegenheiten regelt. Das geht hierzulande anders. Man muss selbst schauen, wie man zu was kommt. Deine Versorgung will er auch gar nicht ernsthaft behauptet haben. Aber der Sinn von 'der Staat ist für seine Bürger zuständig' ist doppeldeutig. Vielleicht bedeutet die Zuständigkeit das ganz andere, dass man nichts machen kann, ohne dass man darauf verwiesen ist, dass der Staat einem sagt, was erlaubt und verboten ist. Bei allem, was man sich vornimmt und unternimmt, stößt man auf die Zuständigkeit des Staates, der entscheidet, was davon erlaubt und genehmigt ist.

— *Nichts kann man tun und lassen ohne die Zuständigkeit des Staates; überall entscheiden Gesetze darüber; ob das eigene Interesse ein berechtigtes ist und nur dann gilt es.*

Einer, der die Zuständigkeit des deutschen Staates als Angehöriger des deutschen Volkes für sich exklusiv haben will, hält diese Zuständigkeit natürlich hoch. Da soll er sich darüber klar werden, was er gesagt haben will. Er sieht es als Privileg für sich, hat eine hohe Meinung davon, aber was leistet das für ihn? Es wurde schon einiges dazu gesagt, was es nicht leistet. Positiv kann er nichts benennen, wie der Staat das Leben des Volkes gemächlich macht. Wenn er anfängt darüber nachzudenken, merkt er, dass er sich dafür nichts kaufen kann, sondern dass über ihn verfügt wird.

— *Die intellektuelle Leistung des Bürgers ist, diesem Verhältnis einen anderen Sinn zu geben und zwar: dass man gemeinsam dieser Staatsgewalt unterworfen ist, würde einen auszeichnen gegenüber all denen, die der nicht unterworfen sind.*

Das letztere geht mehr darauf, sich die Logik des Gedankens klarzumachen, wie jemand auf dieses Privileg kommt, weniger auf die agitatorische Widerlegung.

Wenn „Deutschland den Deutschen“ gefordert wird, muss man zwei Argumente dagegen sagen: Wer sind eigentlich diese Deutschen und was haben sie davon, wenn ihnen Deutschland gehört? Was ist denn eigentlich Deutschland? Kennst du die Deutschen alle? Magst du sie alle? Mit dem Argument, man ist Deutscher, werden die Deutschen als was Positives gesehen, da kann man darauf hinweisen, von denen sind viele sehr unleidlich. Warum soll man mit denen was Gemeinsames haben? Im Weiteren kann man dann fragen: was macht sie denn eigentlich zu Deutschen?

— *Die Deutschen' sind einerseits eine furchtbare Abstraktion. Sie sieht von allem ab, was jeder einzelne ist, Unternehmer, Arbeiter, Straßenkehrer, Mieter, Vermieter; was einer denkt, tut, wie er ökonomisch gestellt ist. Bloß ist diese Abstraktion 'Deutscher' auch wahr gemacht; sie sind gleichermaßen bestimmt durch ihre Unterwerfung unter die deutsche Herrschaft; sie sind Produkt der Herrschaft, weil sie als solche definiert werden. Über sie verfügt mit seinem Recht der deutsche Staat. Die Gewalt von oben schließt die Leute jenseits all ihrer Unterschiede als Untergebene dieses Staates zusammen.*

— *Aber da braucht es keine Theorie von Konkurrenz und unterschiedlichen ökonomischen Interessen, sondern man versucht, einem aus seinen Erfahrungen etwas klarzumachen: Was sind das für Leute, die er kennt, was hält er von ihnen? An dem, wie er selbst zu den Deutschen steht, merkt er, dass er mit denen nichts zu tun hat. Wenn er mit seinem Chef zu tun hat, liegt das nicht daran, dass der ein Deutscher ist, sondern dass er dessen Angestellter ist.*

Das hat nur nicht *nichts* mit Deutschland zu tun, sondern ist genau der Witz davon.

— *Die Schwäche am Argument ist, einem, der Deutschland als eine positive Gemeinschaft versteht, nur dagegen zu sagen: in Wirklichkeit ist das nicht so, sondern es ist eine staatlich organisierte Konkurrenzgesellschaft.*

Den Einwand gegen die theoretische Abhandlung – dass Deutschsein eine Sache ist, die vom Staat ausgeht und durch den Pass besiegelt ist – würde der vielleicht sogar unterschreiben. Das braucht man ihm nicht zu erklären, sondern man muss ihm klarmachen, was er für einen Fehler macht, wenn er dabei Deutschland als eine Gemeinschaft denkt, die damit gut bedient ist, dass sie einen Staat über sich hat. Um das madig zu machen, kamen die Argumente: Überlegt dir mal, von welchen Deutschen redest du? Du redest vom Arbeitgeber, vom Finanzbeamten – mit denen machst du dich gemein. Die Gemeinsamkeit, die man mit ihnen hat, ist eine, die durch deutsche Gesetze geregelt ist.

Darauf hingewiesen, müsste er sich überlegen, ob er dabei so an diese existente Gemeinschaft gedacht hat und ob er die so positiv findet. Ob das dieses Deutschland ist, an das er denkt, wenn er fordert: dass Deutschland exklusiv den Deutschen zukommen soll?

— *Wenn man so mit einem Faschisten spricht, sagt der: klar, dieses Land ist verdorben durch das Geld, Finanzgeier etc., diese Gemeinschaft ist verkorkst, dagegen braucht es eine richtige Gemeinschaft.*

Der Faschist denkt, die beste Gemeinschaft ist die, die sich den Staatszweck zu eigen macht und voll dahinter steht. Das ist seine Vorstellung, darin muss man ihm seinen Gegensatz zum Staatszweck klarmachen. Das hat man schon damit gemacht, dass man auf die Arbeitgeber verweist und auf die Staatsgewalt als Gegensatz zu seinen Interessen. Wenn der Faschist sagt, der Mangel von allem sei, dass die Leute nicht für ihren Staat einstehen und der Staat nicht fürs Volk da ist – da hat man dasselbe Argument auf einer etwas anderen Ebene.

Auch die Parole: ‚Deutschland den Deutschen‘ klingt, als hätten die Deutschen da ein Anrecht auf etwas. Aber kaum fragt man nach – worin besteht denn dieses Anrecht? –, landet man dabei: die Deutschen für Deutschland. Das ist eine Forderung, die – wie beim faschistischen Gedanken – richtig polemisch gegen den einzelnen wird, der nicht an sich, sondern an das große Ganze denken soll. Die harte Wahrheit ist: Deutschland den Deutschen heißt der Sache nach: die Deutschen für Deutschland.

— *Das heißt nicht, dann geht es den Deutschen materiell besser in irgendeiner Form, da löst sich ein Wohnungs- oder Arbeitsproblem.*

Man kann darauf aufmerksam machen, dass Deutschland den Deutschen sofort auch diese Umdrehung impliziert: als Deutscher musst du dich als Zugehöriger zu diesem Kollektiv beweisen. Du musst dich bewähren, das beinhaltet lauter Pflichten.

— *Da ist ja der Faschist schon dabei gelandet, sich positiv dazu zu bekennen und seinen ganzen Lebenszweck darin zu sehen.*

— *Der Widerspruch bleibt, dass sein Interesse nicht darin aufgeht.*

— *Die Pflichten fürs Volk, die er positiv sieht, sind auch sehr unterschiedlich. Der Unternehmer hat die Pflicht, einen guten Gewinn zu machen, der Arbeiter hat die Pflicht billig zu sein. Das sind sehr verschiedene Pflichten, wie der Mensch für seinen Staat da sein muss. Auf diesen Gegensatz kann man aufmerksam machen.*

— *Aber der Faschist bekennt sich dazu, weil er sich zur Aufopferung bekennt. Der sagt doch, im Opfer ist man bei sich.*

— *Man darf nicht übertreiben. Gerade wurde argumentiert, er bezieht sich nicht auf ein Deutschland, so wie es ist. Die Konkurrenzgesellschaft sieht er als eine Gemeinschaft, in der jeder das, was er in der Konkurrenz zu tun hat, nicht einfach nur als der Konkurrenzler macht, sondern als Deutscher in seiner Pflicht gegenüber dem Vaterland. Insofern wird doch da die Konkurrenzgesellschaft bejaht, der Kapitalismus nicht kritisiert. So geraten die Dienste, die die Leute im Kapitalismus erbringen, in ein höheres Licht: sie sind alle Erfüllung von Pflichten gegenüber dem Vaterland.*

Es ist nicht richtig, da immer den Einwand dagegen zuhalten: Aber dessen Standpunkt ist doch, Opfer müssen sein für das Vaterland und darin geht der Mensch auch auf. Denn der Standpunkt enthält doch einen Widerspruch. Im Dienst für die Nation aufzugehen, ist selbst ein Fehler und für den Menschen auch ein Widerspruch.

— *Wenn er sagt, Opfer müssen sein, ist unterstellt, dass er die bringen muss, dass die gefordert werden, dass es eine Selbstverständlichkeit in dieser Gesellschaft ist, Opfer zu bringen.*

Der Punkt ist da erst mal, dass er dabei auch mehr an die anderen, als an sich denkt. Man soll den Standpunkt – wie ein Faschist denkt, den man zusammenfassend sagen kann – zur Kenntnis nehmen. Dagegen aber muss man ihm klarmachen, was das für ein Fehler ist. Wenn Opfer zu bringen für ihn selbstverständlich ist, muss man die Selbstverständlichkeit angreifen, die er sich vielleicht gar nicht so überlegt. Wie gesagt, normalerweise denkt er das auch für die anderen, nicht für sich. Er sagt nicht, er will auf alles verzichten für die Nation, sondern: wenn alle für die Nation verzichten würden, stünden wir alle besser da (oder auch nicht). Das ist der Widerspruch, an dem muss man entlang machen.

— *Vielleicht reden wir aber von verschiedenen Faschisten. Mit denen, die ich kenne, muss man nicht reden, von denen läuft man eher weg.*

Ja. Man muss auch nicht meinen, wenn man all die Argumente sagt, würde man sie gleich überzeugen.

— *Klar, wenn einer sagt, wenn alle Opfer bringen, geht es allen besser, hat man noch etwas anderes vor sich. Das muss kein Faschist sein. So denken viele.*

Es ist ein gewisser Widerspruch, dass die Größe Deutschlands erst mal bedeutet, dass man sich dafür reinhängt. Aber wenn man auf Deutschlands Größe setzt, weil man als Deutscher mit Deutschland groß ist, ist allemal dieser Standpunkt enthalten.

*

„Bunt statt braun“

— *... und „Wir stehen für Vielfalt ein gegen Konformität und Zwänge“. Dagegen kann man halten: Die Vielfältigkeit der Interessen gibt es hier in der Gesellschaft, aber soll man sich zu diesem gegebenen Interessenpluralismus bekennen? Das ist eine ähnliche Tour wie die gerade besprochene: Worin besteht denn eigentlich die hochgehaltene Vielfalt in unserem schönen Deutschland?*

Das war jetzt der Übergang zu Leuten, die sich gegen die dezidiert rechten Argumente abgrenzen und dagegen was einwenden wollen. Wenn sie Vielfalt fordern, woran denken sie denn da?

— *An Homosexuellen-Ehe, dass es verschiedene Familienmodelle geben soll etc. und dass verschiedene Kulturen sich bereichern, weil man von den anderen lernt.*

— *Der Ausländerfreund dreht die Generalisierung um: Zu sagen, Ausländer sind eine Bereicherung für uns, macht eine positive Generalisierung auf, die auch keinen Unterschied mehr feststellen will. So einer malt ein schönes Bild, in dem alle Gegensätze bunt überpinselt sind.*

— *Aber das ist doch gerade das Sympathische an ihnen – sie denken an die anders geartete Küche und nicht an die Djihadisten.*

Das ist ein völlig undifferenziertes und unbegründetes Gut-finden der Ausländer; ‚bunt‘ wird ja als positive Qualität an etwas entdeckt, von dem man eigentlich nur sagen würde: es ist verschieden und das wird dann dem abwertend mit ‚braun‘ Charakterisierten entgegengehalten.

— *Aber wenn so einer an ‚bunt‘ denkt, denkt er doch nicht: alles, was fremd ist, ist ‚gut‘, sondern erst mal an Bereicherung. Und dann müsste man ihm zeigen, was das für eine Verharmlosung der Gesellschaft ist, von der er da redet.*

Aber wofür wird fremdländisches Essen, Musik und Kleidung (die man mögen kann oder auch nicht, die also eine Geschmacksfrage sind) zitiert? Was wird bei denen daraus, wenn sie sagen ‚bunt statt braun‘?

— *Bei denen wird daraus ein alternativer Inhalt von der Gemeinschaft, die sie da praktizieren.*

Was ist denn der alternative Inhalt im Gegensatz zu den Rechten? Dass ‚wir‘ Ausländer gut finden. Der Übergang dazu, dass man irgendwas, das man an einer Person gut findet, zur Qualität *von dessen Nationalität* macht, also der Übergang von ‚das Essen schmeckt mir‘ zu ‚Ausländer gut‘ kommt aus dem ersten Urteil nie zustande, aber dafür soll er stehen: sie sind eine Bereicherung, weswegen sie Zugang haben sollen.

— *Und für so einen wird es zu einem großen moralischen Problem, wenn auf einmal Ausländer sich an dem, was er für gute Sitten hält, vergehen – sich an Frauen ran machen o.ä.*

— *Das stimmt, da fällt einem die liberale Presse ein, die nach den Vorfällen von Köln ausgerufen hat, dass es jetzt eine Kehrtwende im Multi-Kulti-Wesen gäbe; das kommt von daher, dass man Ausländer-Freundschaft zu einem Wert erklärt.*

Und dass man eben alles zusammenwirft und vermischt: die persönlichen Vorlieben mit Verhältnissen, die mit persönlicher Sympathie nichts zu tun haben, nämlich der politischen Kategorie der Staatszugehörigkeit. Also zu sagen: das sind nette Menschen mit interessanten kulturellen Eigenheiten, wird zum Argument für: die sollen hierbleiben dürfen. Dann kann man aber auch von denen enttäuscht sein, wenn sie diesem positiven persönlichen Bild nicht entsprechen.

— *Ausgangspunkt sind doch nicht die unterstellten bereichernden Momente durch die Ausländer, das ist vom Ausgangspunkt her ein politisches Programm (von den ‚Bunten‘), nämlich, wie das deutsche Innenleben organisiert gehört, damit Deutschland ein perfektes Staatswesen ist.*

In welchem Sinne ist es politisch? Zum Beispiel, wenn einer sagt: „Köthen ist bunt und nicht braun“, dann macht er eine Aussage über eine andere Identität seiner Heimat im Unterschied zu der, die die Ausländer ausgrenzt. Aber er denkt das ‚Bunt‘ schon als, das sei die Identität, die „unsere“ Stadt oder Deutschland insgesamt auszeichnet. Und das kann man sich an einem Döner oder den anderen schon genannten ‚liebenswerten ausländischen Eigenheiten‘ bebildern.

— *Mir kam das (positive Urteil über das ausländische Leben und Treiben) eher wie eine Geschmacksfrage vor.*

— *Dass es keine Geschmacksfrage ist, merkt man daran, dass das Ausländische hochgehalten wird. Wie die leben, sich kleiden etc. wird als Berechtigungsausweis dafür genommen, dass die hierher gehören. Mit Hilfe der Geschmacksurteile wird die Frage gestellt, wer hier leben darf und wer nicht und die wird anders als bei den Rechten und gegen sie beantwortet. Auf diese Identität in der Argumentation kommt es an.*

Für sich und unter uns kann man sich klarmachen, dass es ziemlich derselbe Fehler ist, den sowohl die ‚Bunten‘ wie die Rechten machen. Aber ihm zu sagen – das sei doch dasselbe wie die Rechten sagen – wäre daneben, weil es nichts erklären würde, sondern nur der moralische Vorwurf wäre, dass der dann auch so etwas Ähnliches sei. Der zu erklärende Fehler ist der Übergang vom guten Essen zum guten Ausländer, also diese falsche Gleichsetzung, die dann der Berechtigungsausweis fürs Hierbleiben ist. Oder anders: Der Fehler ist, von Sympathie den Übergang in eine politische Kategorie (Ausländer) zu machen. Und in dem Berechtigungs-Argument steckt der Nutzen für ‚uns‘, was dann anzugreifen ist. Wenn man sagt, ‚Köthen ist bunt‘, dann heißt das: *meine* Stadt ist nicht ausländerfeindlich. Worum geht es denn da? Man sorgt mit seiner Haltung für das Ansehen dieser Stadt – ein merkwürdiges Anliegen.

Es geht also um die Vermischung von persönlichen Vorlieben mit politischen Kategorien: ‚ich mag es bunt‘ heißt ja nicht: ich wohne am liebsten in einem bunten Ausländerviertel, sondern mit ‚Köthen (oder gleich ganz Deutschland) ist bunt‘ wird viel mehr reklamiert, nämlich der Standpunkt eingenommen, dass Ausländer gut zu finden, eine *Qualität des Deutschseins* sei, dass es zu Deutschland gehöre, andere Nationalitäten gut zu finden. Das ist also zu kritisieren: sich auf den Standpunkt eines Kollektivs, eines gemeinsamen ‚Wir‘, zu stellen und zu sagen, zu diesem Kollektiv gehört es dazu, Ausländer gut zu finden.

— *Dabei kann man ihnen nicht vorwerfen, dass sie sich um die Konkurrenz nicht kümmern, also von der Kritik am ‚bunt statt braun‘ auf die Welt der kapitalistischen Konkurrenz zu sprechen zu kommen, weil es sich um zwei ganz verschiedene Sphären handelt. Das alternative Deutschtum und deren private Besonderheiten sind in der Zivilgesellschaft, also auf einer anderen Ebene, angesiedelt.*

Ja, die Kritik: Ihr denkt ja gar nicht an das Klassenverhältnis, gehört nicht hierher. Es geht an der Stelle um die Einordnung und Kritik sowohl des ‚bunten‘ als auch des ‚braunen‘ Standpunkts. Die ‚Bunten‘ kritisieren ‚die Braunen‘ vom Standpunkt des besseren Deutschland aus – das ist deren Einwand gegen die Rechten: sich darauf zu berufen, dass Deutschland nicht ausländerfeindlich sei, viel für fremde

Kulturen übrig habe etc. Dem, was die Rechten als Deutschland für sich reklamieren – inklusive der feindlichen Konsequenz gegenüber Ausländern – stellen sie ein anderes Deutschlandbild gegenüber; sie berufen sich also auf ein anderes Kollektiv mit der entsprechenden Bebilderung, was alles zu diesem anderen Deutschland gehöre.

— *Noch eine andere Argumentationsschiene: Das ‚diese Stadt ist bunt statt braun‘ abstrahiert vollkommen davon, dass es in jeder Stadt Standard ist, dass die Migrantenviertel die schäbigen Viertel am Stadtrand sind – also so zu tun, als ob jeder in der Stadt ein nettes Plätzchen hätte, ist doch eine glatte Lüge angesichts dessen, wie eine Stadt heutzutage aussieht.*

Das passt zu dem vorher Gesagten: Da werden zwei verschiedene Vorstellungen von Deutschland gegeneinander gehalten, wobei beide Seiten eine unangenehme Qualität haben: beide Seiten *abstrahieren* ziemlich von allem, was es in Deutschland gibt, und erklären zum Wesentlichen an Deutschland, wie man sich jeweils zu den Ausländern stellt. Um was es auch geht – Arbeitsplätze, Kitas, ‚unsere‘ Städte und ‚unsere‘ Sicherheit – immer landen die Rechten bei den Ausländern; sie abstrahieren also von allem, was das Leben hierzulande ausmacht, in welcher Konkurrenz- oder Mietsituation man steckt etc. Aber für die andere Seite trifft das genauso zu – wenn die über ‚bunt‘ redet, geht es ihr genauso wenig um die ökonomischen, sozialen oder politischen Verhältnisse in Köthen oder anderswo, sondern sie praktiziert eine ähnliche Abstraktion in dem Bemühen zu beweisen, dass Deutschland auszeichnet, dass es freundlich zu Ausländern ist. Die Rechten reklamieren eine Stadt/Land als ihre Heimat, als sei Deutschland *deren Besitzstand* – und die ‚Bunten‘ reklamieren sie unter einer alternativen moralischen Vorstellungen zu *ihrem* Besitzstand. (Wie Merkel: ... „dann ist das nicht mehr mein Land“!)

Fragt man die bunte Fraktion, was sie meint, was ein besseres Deutschland auszeichne, kommt als Antwort: Deutschland ist ein schönes Land, wenn die Ausländer nicht verjagt oder schlecht angesehen werden. Antwort unsererseits: Und damit bist du zufrieden? Da kümmerst du dich weder darum, was für eine Rolle die Ausländer hier haben, noch darum, warum sie so behandelt werden wie es der Fall ist. Analog gegenüber den Rechten: womit die sich rumschlagen und was sie zu ihren falschen Schlüssen und ihrem gehässigen Verhalten treibt. Also darauf aufmerksam machen, wie trostlos diese Ebene ist, auf der man sich mit der anderen Seite anlegt.

Nächstes Mal (22.10.) GS 3-18: Netz- versus ‚seriöse‘ Öffentlichkeit – der Kampf um die öffentliche Meinung.